



Jahresbericht USA

2014

Am 13. und 14. März 2014 tagte der UN-Menschenrechtsrat in Genf, um die Vereinigten Staaten im Rahmen einer „universellen periodischen Staatenüberprüfung“ in Bezug auf die Lage der Menschenrechte zu untersuchen. Im Hinblick auf Folter äußerte sich Amnesty International in diesem Zusammenhang besorgt in den Punkten langjährige Isolationshaft von Gefangenen in Hochsicherheitsgefängnissen, Missbrauch von Elektroschockwaffen oder der fehlenden Übernahme von Verantwortung für Folter im Antiterrorkampf. Die USA müssten sicherstellen, dass sie ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen. Allzu oft zögern die Vereinigten Staaten die gleichen internationalen Standards anzunehmen, die sie von anderen erwarten. Im November 2014 überprüfte auch das UN-Antifolterkomitee Handlungen der Vereinigten Staaten in Bezug auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Amnesty International stellte auch hier für das UN-Gremium Ausführungen zusammen. Im Zuge der Überprüfung haben die Vereinigten Staaten schließlich anerkannt, dass die UN Antifolterkonvention auch für ihr Gefangenenlager Guantánamo Bay Gültigkeit hat.

Folter im Krieg gegen den Terror

Guantánamo Bay

Fünf Jahre war es im Januar 2014 bereits her, dass Präsident Obama die Verfügung unterzeichnet hat, das Gefangenenlager auf Guantánamo Bay innerhalb eines Jahres zu schließen. Zwölf Jahre nachdem die ersten Gefangenen nach Guantánamo gebracht wurden, waren noch über 150 Männer dort, die meisten von ihnen ohne Anklage oder Verfahren. Von den fast 800 Menschen, die dort insgesamt inhaftiert waren, sind weniger als 1 Prozent durch Militärkommissionen verurteilt worden, wobei die Mehrheit dieser Verurteilungen das Ergebnis einer Vereinbarung im Vorfeld der Verhandlung ist, die den Gefangenen einen Weg aus dem Lager aufzeigte. Viele der Gefangenen im Lager erlitten schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter und sind in das Lager verschleppt worden und es stellte sich heraus, dass sie keine Terroristen waren.

Bericht des Senate Select Committee on Intelligence (SSCI) zu CIA-Folter

Im April 2014 fiel nach jahrelangem Streit die Entscheidung, dass der geheime Bericht des Senate Select Committee on Intelligence (SSCI) zu CIA-Folter teilweise veröffentlicht werden soll. Unter dem Vorsitz von Senatorin Dianne Feinstein hatte ein Ausschuss das Rendition- und Verhörprogramm der CIA nach den Anschlägen vom 11. September untersucht. Dieses war im September 2001 vom damaligen Präsidenten George W. Bush genehmigt und durch Präsident Obama im Jahr 2009

beendet worden. Ergebnis ist ein rund 6.200 Seiten umfassender Bericht, dessen teilweise Veröffentlichung jedoch noch bis Dezember 2014 auf sich warten ließ.

Im Rahmen einer Pressekonferenz im Weißen Haus am 01. August 2014 benannte Präsident Obama zwischenzeitlich die Methoden des Geheimdienstes CIA im Krieg gegen den Terror als „Folter“ und verurteilte sie als „Fehler“. Zur Übernahme von Verantwortung, damit sich so etwas in Zukunft nicht wiederhole, zähle auch die Veröffentlichung des Berichtes des Senatsausschusses.

Wurden diese Vorwürfe bisher immer bestritten, hat die CIA zum selben Zeitpunkt in diesem Zusammenhang eingeräumt, Computer von US-Senatoren, die dem Geheimdienst-Ausschuss angehören, ausgespäht zu haben. Die Ausschuss-Vorsitzende Feinstein hatte der CIA bereits im März vorgeworfen, Dokumente von den Computern, die zur Erstellung des Ausschussberichts genutzt wurden, entfernt zu haben.

Schließlich wurden im Dezember 2014 rund 500 Seiten veröffentlicht, während der vollständige SSCI-Bericht weiterhin strengster Geheimhaltung unterliegt. Bereits die Zusammenfassung belegt mit zahlreichen Beispielen die jahrelange Folterpraxis der CIA und ihren Umfang. Gleichzeitig wird dort deutlich, dass die Verhörmethoden kaum brauchbare Geheimdiensterkenntnisse lieferten und dass die CIA die Bedeutung von verhörten mutmaßlichen Terroristen bewusst überbewertet hat.

Menschen wurden entführt, in geheimen Einrichtungen gefangen gehalten und Opfer von entsetzlicher Grausamkeit, alles als Teil eines staatlich genehmigten Programmes. Doch bis heute wurde niemand für die im Namen der "nationalen Sicherheit" begangenen Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen. Vor dem Hintergrund, dass oberste Regierungsbehörden neben illegalen Verschleppungen abscheuliche Folter-Praktiken entwickelten, ermöglichten und dafür die Freigabe erteilten, fordert Amnesty International, dass die Verantwortlichen für diese Straftaten – bis auf die höchste Ebene – zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig fordert Amnesty International die Veröffentlichung des vollständigen Berichts unter der Maßgabe der geringstmöglichen redaktionellen Bearbeitung und ohne Schwärzung von möglichen Menschenrechtsverletzungen.

Ein am 11. August in Kabul veröffentlichter ausführlicher Bericht von Amnesty International „Left in the Dark“ dokumentierte ebenfalls Folter durch US-Soldaten. Der Bericht zeigt vor allem, dass die US-Militärjustiz den Tod von Tausenden Zivilpersonen nicht aufklärt und offensichtliche Hinweise auf Kriegsverbrechen von US-Soldaten ignoriert wurden. Seit 2001 haben Nato- und US-Soldaten in Afghanistan Tausende Zivilisten getötet und in kaum einem Fall wurden Verfahren gegen die Verantwortlichen eröffnet. Der Bericht konzentriert sich auf Luftschläge und nächtliche Razzien der US-Armee zwischen 2009 und 2013.

Hochsicherheitsgefängnisse

In den USA werden rund 80.000 Menschen in über 40 Staaten in Isolationshaft gefangen gehalten. Von keinem anderen Land ist eine entsprechend hohe Zahl bekannt. Die Gefangenen sind 22-24 Stunden am Tag in einer typischerweise 3x2 Meter kleinen Zelle eingesperrt, von denen viele kein Fenster haben. Bewegung außerhalb der Zelle ist begrenzt auf fünf bis zehn Stunden die Woche und findet häufig in nackten Höfen mit hohen Betonwänden ohne Sicht nach draußen oder in kleinen

Käfigen statt. In Arizona sind die Isolationszellen extrem unhygienisch: Urin und Kot finden sich an den Wänden, Schmutz, Fett und Blut sind an den Essensklappen festgetrocknet.

Amnesty International fordert, ebenso wie Juan Méndez, der UN-Sonderberichterstatter über Folter, dass Einzelhaft ausschließlich in außergewöhnlichen Fällen angewendet wird, als letztes Mittel und für die kürzest mögliche Zeit. Die USA müssten außerdem internationale Experten wie dem UN Sonderberichterstatter über Folter gestatten, die Einrichtungen zu besuchen.

Mitte Juli wurde der Bericht „Entombed: Isolation in the US Federal Prison System“ veröffentlicht, der die Härte der Bedingungen enthüllt, denen Gefangene in dem Hochsicherheitsgefängnis United States Penitentiary, Administrative Maximum facility in Colorado ausgesetzt sind. Die harte und menschenunwürdige Praxis, Gefangene über einen langen Zeitraum in extremer Einzelhaft unterzubringen, erreicht die Schwelle zu grausamer, unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung oder Bestrafung und ist somit eine Verletzung internationalen Rechts.

Albert Woodfox befindet sich seit 42 Jahren in Isolationshaft, nachdem er beschuldigt wurde, einen Wärter im Gefängnis erstochen zu haben. Seiher hat sich herausgestellt, dass sein Verfahren, fehlerhaft war und der Hauptaugenzeuge von Gefängnisbeamten bestochen worden war. Es gibt keine Beweise für seine Schuld. Ende November 2014 bestätigte ein Bundesberufungsgericht in Louisiana die Entscheidung eines untergeordneten Gerichtes, die Verurteilung von Albert Woodfox aufzuheben. Diese war bereits dreimal durch Vorinstanzen aufgehoben worden, zuletzt 2013. Dennoch musste Albert Woodfox im Gefängnis verbleiben, nachdem der Staat Louisiana gegen jedes Urteil Berufung eingelegt hatte.